

Quig 16.01.15



## Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

PRO NRW - Postfach 30 08 65 - 51337 Leverkusen

2

Stadt Leverkusen  
Herr Oberbürgermeister  
Reinhard Buchhorn  
Friedrich-Ebert-Platz-1  
51373 Leverkusen

Susanne Kutzner

☎ 02171 / 39 49 639

☎ 02171 / 39 58 711

### Konkrete Maßnahmen gegen gestiegene Terrorgefahr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsgruppe der Bürgerbewegung PRO NRW bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, vor dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage ein neues kommunales Sicherheitskonzept vorzulegen, das die gestiegene Gefahr islamistischer Terrorismusanschläge berücksichtigt und insbesondere die folgenden Punkte einbezieht:

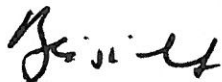
1. In Abstimmung mit der Polizei zusätzliche Zugangskontrollen mit eigenem evtl. auch privatem Sicherheitspersonal mit Metalldetektoren und Sprengstoffhunden an öffentlichen Gebäuden, Straßen und Plätzen mit viel Publikumsverkehr wie etwa der Rathausgalerie.
2. Verstärkung der Bestreifung neuralgischer Punkte im öffentlichen Raum durch Kräfte des Ordnungsamtes
3. Einrichtung eines kommunalen, mit der Polizei kooperierenden Antiterrorismustelefons, bei dem Bürger und städtische Bedienstete verdächtige Personen und Vorfälle melden können.
4. Bildung einer speziellen Antiterror-Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt und Polizei, um jedwede Abwehrmaßnahmen gegen islamistisch motivierte Terrorismusanschläge wirkungsvoll zu koordinieren.

### Begründung:

Der vor zwei Jahren knapp vereitelte Mordanschlag auf einen Leverkusener Ratspolitiker, sowie die kürzlich erfolgte Ermordung führender Redakteure des islamkritischen Magazins „Charlie Hebdo“ in Paris zeigen, dass der islamistische Terror schon seit längerer Zeit in Europa angekommen ist, und darauf zielt, das Fundament unserer freiheitlichen Gesellschaft zu zerstören. Die radikal-islamistischen Salafisten erlangen auch in

Leverkusen immer mehr Unterstützung aus dem Milieu sozial abgehängter Zuwanderer, aber auch durch radikalisierte deutsche Konvertiten. Um auch in der Zukunft die Sicherheit der Leverkusener Bürgerinnen und Bürger nachhaltig gewährleisten zu können, ist ein Umdenken in der Antiterrorismus-Politik nötig. Das Recht darf dem Unrecht nicht weichen, als Vertretung der Interessen Leverkusens hat der Stadtrat eine Garantenpflicht gegenüber der Unversehrtheit seiner Einwohner. Daher erachtet die Antragstellerin die vorgeschlagenen Maßnahmen als wegweisend für die künftige Bekämpfung des Terrorismus auf nordrhein-westfälischem Boden.

Gezeichnet



Markus Beisicht  
-Gruppensprecher-



Susanne Kutzner  
-Gruppengeschäftsführerin-